

Arbeiten im Homeoffice hat sich etabliert

Die Verkehrsbeschränkungen in der Pandemie haben Beschäftigte ins Homeoffice gezwungen. Mittlerweile ist es fixer Bestandteil des Arbeitslebens geworden – und beiderseits erwünscht.

RICHARD WIENS

WIEN. Im April 2021 traten mehrere gesetzliche Änderungen in Kraft, mit denen das Arbeiten im Homeoffice auf eine sichere rechtliche Basis gestellt wurde. Bis dahin hatten sich Beschäftigte und Unternehmen in einer rechtlichen Grauzone bewegt. Rund zwei Jahre danach zeigt eine Evaluierung im Auftrag des Arbeitsministeriums, dass das Arbeiten zu Hause überall dort, wo es grundsätzlich möglich ist, zur Normalität geworden ist. Rund ein Viertel der Beschäftigten arbeite gelegentlich oder öfters zu Hause, sagte Arbeitsminister Martin Kocher am Montag. Und das wird offenbar von beiden Seiten als positiv empfunden, rund 80 Prozent der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer beurteilten die Regelungen positiv.

Dass man das Arbeiten im Homeoffice in Abstimmung mit den Sozialpartnern zur Vereinbarungssache erklärt habe und es kein Recht oder eine Pflicht sei, habe sich bewährt, sagte Kocher: „Es war stets als flexible Möglichkeit für beide Seiten gedacht.“ Auch anfängliche Befürchtungen, dass die Produktivität einbreche, hätten sich nicht bewahrt, sagte der Minister.

Von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen werde zu 80 Prozent die Zeitersparnis durch den Wegfall des Pendelns zum Arbeitsplatz als größter Vorteil des Homeoffice genannt, sagte Nadja Bergmann, Geschäftsführerin der L&R Sozialforschung. Das Institut hat von November bis Juni rund 1500 Beschäftigte in rund 500 Betrieben befragt. Wenn im Homeoffice gearbeitet wird, geschieht das überwiegend, weil es die Beschäftigten wollen, dazu angehalten werde kaum jemand.

60 Prozent der Personen mit Betreuungspflichten geben an, dass sie mehr Stunden arbeiten können, als sie es ohne Homeoffice könnten.



Tageweise auch zu Hause zu arbeiten ist in vielen Berufen mittlerweile Standard.

BILD: SN/PIKSELSTOCK - STOCK.ADOBE.COM

Allerdings werde es im Homeoffice auch schwieriger, die Erwerbsarbeit von anderen Lebensbereichen abzugrenzen und Pausen einzuhalten, eine Wahrnehmung, die bei Frauen stärker ausgeprägt sei, sagte Bergmann. Arbeitgeber geben an, dass sie Nachteile hätten, wenn sie Homeoffice nicht anbieten würden, rund ein Viertel sagt, es bringe Einsparungen, etwa über das Teilen von Schreibtischen, was vor allem im Finanz- und Versicherungsbereich gemacht werde.

Ob Unternehmen die Beschäftigten lieber wieder mehr im Büro hätten, hänge stark von der Branche ab. Der Großteil der Betriebe habe Vereinbarungen mit ein bis zwei Tagen Homeoffice pro Woche, mehr Tage seien die Ausnahme, etwa in der IT oder im Finanzbereich. Auch die

Mehrzahl der Beschäftigten wolle nicht mehr Zeit im Homeoffice verbringen, sagt Bergmann.

Während es in Mittel- und Großbetrieben Betriebsvereinbarungen zu Homeoffice, aber auch mit einzelnen Dienstnehmerinnen und Dienstnehmern gebe, sei das in Kleinbetrieben oft nur informell geregelt, sagte Bergmann. Das habe auch damit zu tun, dass der Informationsgrad dort niedriger sei, nur 58 Prozent der Beschäftigten wüssten über die Regelungen Bescheid.

Es gebe aber auch Rufe nach Verbesserungen, einer betreffe die Einschränkung des Homeoffice auf die eigene Wohnung. Hier wünschten sich die Beschäftigten mehr Flexibilität für Telearbeit an einem beliebigen Ort. Der Wunsch sei berechtigt, sagte Kocher, werfe aber Fragen

beim Versicherungsschutz auf, die man schon bald mit den Sozialpartnern besprechen wolle. Mehr als 50 Prozent der Befragten sprechen sich zudem für eine flexiblere Regelung bei grenzüberschreitendem Arbeiten im Homeoffice aus. Österreich hat dazu mit Deutschland, Tschechien und der Slowakei bereits Rahmenvereinbarungen getroffen, wonach ab 1. Juli bei wiederkehrender grenzüberschreitender Telearbeit bis zu 40 Prozent der Gesamtstätigkeit die Sozialversicherung des Landes zuständig bleibt, in dem der Arbeitgeber den Sitz hat.

Für Kocher besteht kein Zweifel, dass man die bestehenden Regelungen weiterentwickeln müsse, er hoffe daher, dass „noch in dieser Legislaturperiode eine Novelle des Homeoffice-Gesetzes gelingt“.

Arbeitsmarkt zeigt sich weiter robust

Die Arbeitslosigkeit ist im Juni gegenüber dem Vergleichsmonat 2022 leicht gestiegen. Konkret waren beim Arbeitsmarktservice 307.732 Personen als arbeitslos (239.301) gemeldet oder befanden sich in Schulungen (68.431), das ist ein Anstieg um 3,1 Prozent. Die Arbeitslosenquote sei mit 5,7 Prozent weiter vergleichsweise niedrig, sagte Arbeitsminister Martin Kocher, der wegen der schwachen Konjunktur für heuer allerdings mit einem leichten Anstieg rechnet.

Zu mehr regionaler Mobilität von Arbeitslosen sagte Kocher, es gehe nicht darum, in der Region verwurzelte Familien auf weit entfernte Arbeitsplätze zu vermitteln. Aber für alle, auf die das nicht zutreffe, solle es Unterstützung geben, um an Orte zu wechseln, wo es Jobs gebe. Er begrüßte den Vorschlag des IHS-Chefs Holger Bonin von einer Mobilitätsprämie seitens der Arbeitgeber. Viele böten aber auch schon von sich aus Wohnungen an.

Die Integration von Menschen aus der Ukraine funktioniere relativ gut, es gebe aber noch Potenzial. Viele hätten sich noch nicht beim AMS gemeldet, er lade aber alle ein, das zu tun. Viele warteten aber zu, weil sie auf eine rasche Rückkehr in ihre Heimat hoffen, sagte Kocher. **wie**

Umfrage

Arbeiten Sie gerne im Homeoffice?
www.SN.at/umfrage



Schweiz: Inflation unter zwei Prozent

ZÜRICH. Während die Teuerung in Österreich bei acht Prozent liegt, ist sie in der Schweiz im Juni erneut klar zurückgegangen und liegt nun erstmals seit Jänner 2022 unter der 2-Prozent-Marke. Konkret sank die Jahresinflation auf 1,7 Prozent, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) am Montag mitteilte. Im Mai hatte sie noch 2,2 Prozent betragen. In den ersten beiden Monaten war sie noch wegen höherer Strom- und Flugpreise bis auf 3,4 Prozent angestiegen, seither geht es steil abwärts. Die Inlandsgüter kosteten im Juni noch immer um 2,3 Prozent mehr als ein Jahr zuvor, die Importgüter aber um 0,1 Prozent weniger.

ÖBB steuern auf Passagierrekord zu

Konzernchef bedauert, dass nicht alle Komfortbedürfnisse der Kundschaft erfüllt werden.

WIEN. Der Ausbau der Bahn im Personen- und Güterverkehr ist für eine nachhaltige Mobilität und die Erreichung der Klimaziele unerlässlich. Das besagt kurz zusammengefasst eine von den ÖBB beauftragte TU-Studie, die auf die Mobilitätsbedürfnisse der nächsten 100 Jahre eingeht. Der Fahrgastboom führt aber dazu, dass derzeit manchmal nicht alle Komfortbedürfnisse der Passagiere erfüllt werden können, bedauert ÖBB-Chef Andreas Matthä. Heuer sei ein Fahrgastrekord zu erwarten. Die Passa-

gierzahlen lägen bisher um 20 Prozent über dem Rekordjahr 2019. Gleichzeitig gebe es „fast monatlich Verspätungsmeldungen aus der Zulieferindustrie“. Das betreffe bestellte neue Railjets und Nightjets. „Das müssen wir derzeit überbrücken“, sagte Matthä.

„Das tut mir ein bisschen weh, weil unser Komfortversprechen dadurch manchmal leidet“, so der Bahnmanager. Bis 2030 würden aber insgesamt 4,7 Mrd. Euro in neue Züge gesteckt, erinnerte Matthä. Damit werde die Sitzplatzkapazität im Vergleich zu heute um

40 Prozent erhöht. Im kommenden Frühjahr sollten die neuen, heiß ersehnten Railjets auf Schiene gehen.

Der TU-Wissenschaftler und Studienhauptautor Günter Emberger sieht die Bahn „unter den mechanisierten Landverkehrsmitteln als das zukunftsträchtigste“ an. Das habe viele Gründe, darunter sind die Inklusivität der Bahn, der Energieeinsatz, geringerer Flächenverbrauch und das niedrige Gefahrenpotenzial.

Freilich würden Pkw und Lkw für gewisse Wege wie Güternahverkehr auf Kurzstrecken, Müllabfuhr, Einsatzkräfte und Ähnliches auch in Zu-

kunft bleiben. Die Bedeutung dieser Verkehrsmittel müsse aber deutlich zurückgehen, so Emberger. Über ein Verbot von Kurzstreckenflügen werde man „diskutieren müssen“. Mit Tempo 100/80/30 wäre viel für Umwelt, Sicherheit und Zeitvorteil öffentlicher Verkehrsmittel getan. Es gehe auch um „Kostenwahrheit“ zwischen Eisenbahn und Straßen.

„Kostenwahrheit“ forderte auch ÖBB-Chef Matthä erneut ein. Der Lkw-Verkehr sei hochsubventioniert und das müsse sich ändern. Es brauche eine Verlagerung von der Straße auf die Schiene. **SN, APA**